

Berleemann, Michael; Hinze, Jörg

Research Report

Konjunkturprognose Deutschland, Frühjahr 2025

HWWI Prognose, No. 1/2025

Provided in Cooperation with:

Hamburg Institute of International Economics (HWWI)

Suggested Citation: Berleemann, Michael; Hinze, Jörg (2025) : Konjunkturprognose Deutschland, Frühjahr 2025, HWWI Prognose, No. 1/2025, Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI), Hamburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/313017>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

HWWI PROGNOSEN

Konjunkturprognose Deutschland Frühjahr 2025

Michael Berlemann | Jörg Hinze



Hamburgisches
WeltWirtschaftsinstitut

HWWI PROGNOSE NR. 1/2025

Autoren:

MICHAEL BERLEMANN (Berlemann@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, CESifo, ifo
Institut für Wirtschaftsforschung

JÖRG HINZE (Hinze@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Imprint

Publikationsreihe: HWWI Prognosen

Verantwortlicher Herausgeber: Michael Berlemann

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Michael Berlemann

Geschäftsführer: Dr. Dirck Süß

Mönkedamm 9 | 20457 Hamburg | Deutschland

Phone: +49 40 340576-0 | Fax: +49 40 340576-150

info@hwwi.org | www.hwwi.org

© HWWI | Hamburg | März 2025

Nach Wahl: Wirtschaftswende oder weiter im Krisenmodus?

Michael Berlemann^{1,2} und Jörg Hinze¹

¹Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Mönkedamm 9, 20457 Hamburg, Deutschland.

Email: info@hwwi.org

²Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg, Deutschland.

Die deutsche Wirtschaft entwickelte sich im Winterhalbjahr 2024/25 weiterhin schwach, da sich im unsicheren Vorfeld der Neuwahlen im Februar 2025 die privaten Verbraucher und Unternehmen weiter zurückhielten, zudem gingen die Exporte weiter zurück. Bei der Neuwahl erhielt die Union die Mehrheit; sie hat umfassende Wirtschaftsreformen – wie Steuerentlastungen, niedrigere Energiekosten, Bürokratieabbau, Infrastrukturinvestitionen und effizienterer Staat – angekündigt. Allerdings dürften in der wahrscheinlichen Koalition mit der SPD vorgenannte Maßnahmen angesichts teils sehr unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Vorstellungen nicht vollumfänglich durchgesetzt werden können. Erst nach Vorliegen der Koalitionsvereinbarungen dürfte die Zurückhaltung bei privaten Verbrauchern und insbesondere Investoren schwinden. Zu den geopolitischen Unsicherheiten kommt die restriktivere Handelspolitik der neuen US-Administration hinzu; auch auf deutsche Exporte in die USA drohen Zölle. Das alles dämpft die für den weiteren Verlauf dieses Jahres erwartete Wiederbelebung der Wirtschaft. Das HWWI rechnet deshalb für 2025 im Jahresdurchschnitt, auch wegen des negativen Überhangs aus dem Jahr 2024, nur noch mit einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von $\frac{1}{4}$ % (zuvor $\frac{1}{2}$ %). Unter der Annahme, dass sich die künftige Koalition auf wichtige wirtschaftliche Reformen einigen kann und unter Berücksichtigung zu erwartender Nachholeffekte sowie einer weiteren Lockerung der Geldpolitik wird für 2026 weiterhin mit einem Wirtschaftswachstum von $1\frac{1}{2}$ % gerechnet. Die Inflationsrate für die Verbraucherpreise hat sich mittlerweile nahe der Stabilitätsmarke von 2 % eingependelt. Die deutlich gestiegenen Arbeitskosten halten die sogenannte Kernrate jedoch noch höher, zuletzt 2,6 %. Im Laufe dieses Jahres dürfte aber mit moderateren Lohnabschlüssen der Inflationsdruck weiter nachlassen. Dann dürfte sich die Inflationsrate bei 2 % stabilisieren. Nicht nur wegen der geopolitischen Unsicherheiten – jüngst durch die Spannungen zwischen USA, Ukraine und Europa verschärft – bleiben die Risiken für diese Prognose hoch. Die Koalitionsverhandlungen stehen noch an und je weniger durchgreifende Maßnahmen zur Verbesserung der Standortbedingungen sie beinhalten, desto beschränkter sind die Wachstumschancen. Die Vorabklärung der Finanzierungsfragen für Verteidigung und Infrastruktur in den Sondierungsgesprächen muss noch mit 2/3-Mehrheit durch den Bundestag; dann kann dies wie ein Konjunkturprogramm wirken.

HWWI Prognosen

Ansprechpartner

Jörg Hinze

Editiert von

Michael Berlemann

© HWWI

Winterhalbjahr 2024/25 durch Abwarten vor Neuwahl geprägt

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland blieb im Winterhalbjahr 2024/25, bedingt durch die erhöhte politische Unsicherheit nach dem „Ampel-Aus“ im November und den vorgezogenen Neuwahlen im Februar 2025, weiterhin schwach. Das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im 4. Quartal 2024 um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal und um 0,4 % gegenüber dem Vorjahresquartal gesunken, und es dürfte auch im ersten Quartal dieses Jahres kaum zugenommen haben. Insbesondere die Unternehmen hielten sich angesichts der Ungewissheit über künftige Investitionsanreize sowie sonstige Verbesserungen der inländischen Standortbedingungen bei ihren Investitionen zurück. Die Bauinvestitionen sind im 4. Quartal 2024 witterungsbegünstigt leicht gestiegen; es zeichnet sich hier aber auch eine Bodenbildung ab. Die privaten Verbraucher haben ihre Ausgaben nur geringfügig erhöht; deren Zunahme blieb deutlich hinter dem Anstieg der Realeinkommen zurück und die schon länger recht hohe Sparquote nahm so noch zu, was wohl auch hier auf die gesteigerte Verunsicherung zurückzuführen ist. Besorgniserregend ist der anhaltende Rückgang der realen Exporte, insbesondere der Warenexporte; Ende 2024 waren die Warenexporte um 7 % niedriger als Ende 2022. Weltwirtschaft und Welthandel sind zwar in den letzten Jahren schwächer als in früheren Zeiten gewachsen, doch sie sind gewachsen und diese Diskrepanz spiegelt einen deutlichen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit wider.

Unter den politischen Unsicherheiten der vergangenen Monate ist die anhaltende Wirtschaftsschwäche in Deutschland nicht überraschend. Der Reformbedarf hat sich weiter aufgestaut. Durch die Investitionszurückhaltung der Unternehmen der vergangenen Jahre (die Unternehmensinvestitionen in Maschinen und Geräte sind 2024 gegenüber der Vor-Corona-Zeit um mehr als 13 % gesunken) und vernachlässigte Infrastrukturinvestitionen hat sich das Potenzialwachstum deutlich verringert, auf allenfalls etwa ½ %. Angesichts der aktuell starken Unterauslastung dieses Potenzials wäre gleichwohl bei einer baldigen wirtschaftspolitischen Wende und damit einhergehender Verbesserung der Standortbedingungen eine Ausweitung der privaten wie öffentlichen Investitionen und letztlich auch relativ kurzfristig ein spürbarer Wachstumsschub möglich.

Arbeitsmarkt schwächelt zunehmend, Stabilisierungsprozess stockt

Die nachlassende Wirtschaftstätigkeit schlägt sich mehr und mehr auch am Arbeitsmarkt nieder. Die Zahl der Erwerbstätigen, die trotz schon länger anhaltender Wachstumsprobleme im vergangenen Jahr einen historischen Höchststand von etwas über 46 Millionen Personen erreicht hatte, sinkt seit dem Frühsommer 2024. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist zwar noch recht stabil. Einem Rückgang der Beschäftigung in den krisengeschüttelten Bereichen, in der Industrie und in der Bauwirtschaft, steht ein Anstieg in den Dienstleistungsbereichen, insbesondere im öffentlichen Dienst, gegenüber. Dass die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt relativ stabil blieb lag aber auch daran, dass bei sinkender Vollzeitbeschäftigung die Zahl der Teilzeitbeschäftigten zunahm; inzwischen arbeiten 3 von 10 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Teilzeit. Die Zahl der Arbeitslosen ist auch saisonbereinigt bis zuletzt gestiegen. Sie nimmt aufgrund der Ausweitung des Arbeitsangebots, teils wegen der Zuwanderung, schon seit Mitte 2022 zu. Unbereinigt hat die Zahl nunmehr knapp die 3-Millionen-Marke erreicht; das entspricht auf Basis der zivilen Erwerbspersonen einer Quote von 6,4 %. Die Zahl der offenen Stellen verringert sich, Insolvenzen und die Ankündigungen von Entlassungen nehmen zu.

Nachdem die Inflationsrate für die Verbraucherpreise im Spätsommer 2024 kurzzeitig die Stabilitätsmarke von 2 % unterschritten hatte, ist sie anschließend wieder über diese Marke gestiegen; in den ersten beiden Monaten dieses Jahres betrug sie 2,3 %. Ein Grund dafür ist der Wiederanstieg der Preise auf den Vorstufen, die bis zum Frühjahr 2024 teils kräftig gesunken waren. So sind die Einfuhrpreise zuletzt wieder um mehr als 3 % gestiegen. Ein grundlegender Faktor für die inländische Teuerung ist allerdings der deutliche Anstieg der Löhne in der jüngeren Vergangenheit nach der Inflationsphase 2022/23. Am deutlichsten wirkt sich dies bei vielen Dienstleistungspreisen aus,

die insgesamt mit 4 % etwa doppelt so stark steigen wie die restlichen Verbraucherpreise. Die sogenannte Kernrate (Inflationsrate ohne Berücksichtigung von Nahrungsmitteln und Energie) – zuletzt 2,6 % – geht deshalb ebenfalls nur langsam zurück und signalisiert noch einigen Inflationsdruck.

Bis Frühsommer kaum Impulse für die Konjunktur

Bis zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen und der Aufnahme der Regierungsgeschäfte – voraussichtlich bis Ende April/Mai – sind kaum Impulse für die Konjunktur zu erwarten. Insbesondere die Unternehmen werden abwarten, welche Maßnahmen zur Standort- und Wettbewerbsverbesserung, insbesondere schon kurzfristig wirkende Investitionsanreize, beschlossen werden und solange sich bei Investitionen zurückhalten. Von staatlicher Seite werden zwar umfangreiche Ausgaben für Infrastrukturinvestitionen sowie für Sicherheit (Verteidigung) erwartet, aber zunächst muss erst der Bundeshaushalt 2025, der nach dem Ampel-Aus nicht mehr beschlossen wurde, verabschiedet und die Finanzierungsfragen (Reform der Schuldenbremse, Sondervermögen) geklärt werden. Bei den Bauinvestitionen scheint der Rückgang gestoppt, die Auftragslage lässt aber noch keine rasche Erholung erwarten. So ruhen denn die Konjunkturerwartungen für die nächsten Monate weiterhin vor allem auf dem privaten Konsum. Die Realeinkommen sind deutlich gestiegen und die Sparquote war außer während der Corona-Lockdowns seit mehr als 25 Jahren nicht mehr so hoch. Angesichts der nahe der 2-Prozent-Marke gesunkenen Teuerung bedeuten die laufenden Tarifabschlüsse auch weiterhin reale Einkommenssteigerungen. Die zum Jahresende 2024 hin tendenziell leicht gestiegenen Auslandsaufträge und der schwache Euro lassen zumindest in nächster Zeit eine Stabilisierung der Warenexporte erwarten. Alles in allem dürfte das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt im 2. Quartal aber nur gering zunehmen.

Wirtschaftswende bei nachhaltigen Wirtschaftsreformen möglich

Bei überzeugenden wirtschaftspolitischen Reformen eröffnet sich die Chance zu einer baldigen Wirtschaftswende. Auch wenn die Verlautbarungen der beiden möglichen Koalitionsparteien darauf schließen lassen, dass diese sich der Wachstums- und Standortprobleme bewusst sind, so unterscheiden sich doch deren wirtschaftspolitische Vorstellungen nicht unerheblich. Der Reformdruck und auch der Druck zur Einigung sind aber groß, so dass hier davon ausgegangen wird, dass die beiden Koalitionsparteien nicht bzw. weniger konsensfähige Reformpunkte hinten anstellen und sich zunächst vor allem auf Maßnahmen zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen, insbesondere Investitionsanreize, seien es steuerliche Erleichterungen, insbesondere für Unternehmen, und/oder verbesserte Abschreibungsbedingungen, konzentrieren. Private und auch öffentliche Investitionen sind Voraussetzung für mehr Wachstum in der Zukunft. Angesichts der Investitionsschwäche der letzten Jahre kann davon ausgegangen werden, dass sich dadurch ein Investitionsstau gebildet hat, der nur auf eine Initialzündung wartet. Im öffentlichen Infrastrukturbereich ist dies in mehreren Bereichen offensichtlich. Bei privaten Unternehmensinvestitionen dürfte die Situation, wenn vielleicht auch nicht so ausgeprägt weil sie andere Alternativen haben, ähnlich sein. Bei überzeugenden Maßnahmen könnte so die Investitionstätigkeit rasch anspringen. Aber auch die Verunsicherung der letzten Zeit würde sich legen. Das würde sich auch auf den privaten Konsum belebend auswirken, zumal die Realeinkommen weiter steigen und die Sparquote sich wieder normalisieren dürften, das heißt die Kaufneigung sich wieder erhöhen würde.

Auch in der Bauwirtschaft könnte es bald zu einer Wende kommen, sei es wegen vermehrter Infrastrukturinvestitionen, aber auch aufgrund einer zu erwartenden Wiederbelebung des Wohnungsbaus. Der seit Mitte letzten Jahres in Gang gekommene Zinssenkungsprozess sollte sich weiter fortsetzen und damit die Finanzierungsbedingungen günstiger werden. Infrastrukturinvestitionen werden ebenfalls ein wichtiger Punkt auf der Agenda der neuen Regierung sein. Im öffentlichen Bereich haben sich Sanierungen, Ausbau in verschiedenen Bereichen und Nachholbedarf in neuen

Technologiefeldern (Digitalisierung, KI) aufgestaut.

Von weltwirtschaftlicher Seite zeichnen sich hingegen neue Belastungen ab. Die neue US-Administration hat bereits einige Zölle angekündigt und weitere drohen. Die USA sind immerhin der wichtigste Handelspartner für deutsche Unternehmen. Zölle von 25 % würden die deutsche Exporte, unter anderem der Autoindustrie, erheblich beeinträchtigen, reziproke Zölle hätten entsprechende begrenzte Auswirkungen. Der Handel mit China schrumpft seit einiger Zeit, sei es weil die Tendenz besteht, sich von dieser Seite weniger abhängig zu machen, sei es, dass die technologische Entwicklung dort so rasch ist, dass deutsche Produkte weniger gefragt sind. Letztlich wird die generell verschlechterte Wettbewerbsfähigkeit nur teilweise durch den schwachen Euro kompensiert. Für die deutschen Exportunternehmen sind folglich die Aussichten in absehbarer Zeit schwierig. Auch wenn die Einfuhren wegen der schwachen Konjunktur hierzulande ebenfalls nur relativ langsam zunehmen, ist von Seiten des Außenhandels ein negativer Wachstumsbeitrag im Prognosezeitraum zu erwarten.

Sichtbare Wachstumseffekte erst 2026

Obwohl die beiden absehbaren Koalitionäre – Union und SPD – teils recht unterschiedliche wirtschaftspolitische Vorstellungen haben, wird hier davon ausgegangen, dass sie sich aus dem Verantwortungsbewusstsein heraus, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands wieder herzustellen, aber auch wegen des enormen Drucks von außen, auf eine wirksame Wachstumsinitiative einigen. Ansonsten wäre zu befürchten, dass die Koalition in einen ähnlichen Krisenmodus zurückverfällt wie die Vorgängerregierung, der schließlich im Ampel-Aus endete; selbstverständlich gibt es auch noch andere als wirtschaftliche Problemfelder (Migration, Sozialbereiche, Sicherheit). Zu einer derartigen Wachstumsinitiative würden schon kurzfristige Investitionsanreize und eine Senkung der Energiekosten, insbesondere für die Industrie, gehören. Sicherlich müssten in der Folge auch andere Vorhaben, wie Infrastrukturausbau, Bürokratieabbau umgesetzt werden.

Unter solchen Bedingungen würden sich ab Mitte dieses Jahres die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern beginnen. Die Erholung der Konjunktur wird dann im zweiten Halbjahr 2025 einsetzen und sich 2026 fortsetzen. Auch wenn zunächst nicht nur wegen des geringen Potenzialwachstums nicht mit derart hohen Expansionsraten wie in früheren Aufschwüngen zu rechnen ist, so ist angesichts der aktuellen Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten doch eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts mit einer laufenden Rate zwischen 1 ¼ und 1 ¾ % möglich. Für 2025 wird aber selbst dann aufgrund des negativen Überhangs aus dem Jahr 2024 und der schwächeren ersten Jahreshälfte allenfalls mit einer geringen Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um ¼ % gerechnet. Erst 2026 würde sich der Erholungsprozess auch in einer merklichen Wachstumsrate, von dann 1 ½ %, niederschlagen.

Arbeitsmarkt nachlaufend, Inflationsrate stabilisiert sich bei 2 %

Der Arbeitsmarkt ist traditionell ein Nachläufer der Konjunktur. Auch bei einer allmählichen Wiederbelebung der Wirtschaft ist im Laufe dieses Jahres kaum mit einer Besserung der Arbeitsmarktsituation zu rechnen. Vielmehr dürfte die Zahl der Erwerbstätigen noch eine Zeit lang sinken, zumal von einer Reihe von Großunternehmen Entlassungen angekündigt sind, und die Zahl der Arbeitslosen steigen. Erst mit sich fortsetzender konjunktureller Erholung, also im nächsten Jahr, wird die Nachfrage nach Arbeitskräften wieder zunehmen und die Arbeitslosigkeit zurückgehen. Die Arbeitslosenquote würde dann wieder unter 6 % sinken.

Die Inflationsentwicklung hat sich deutlich beruhigt. Doch abgesehen von Basiseffekten, die die Inflationsrate in einzelnen Monaten beeinflussen, wirken noch die höheren Lohnabschlüsse der jüngeren Vergangenheit nach. Wie denn auch die aktuelle Kernrate von gut 2 ½ % zeigt, ist der Disinflationsprozess noch nicht ganz abgeschlossen. An die andauernd niedrige Inflation wird sich

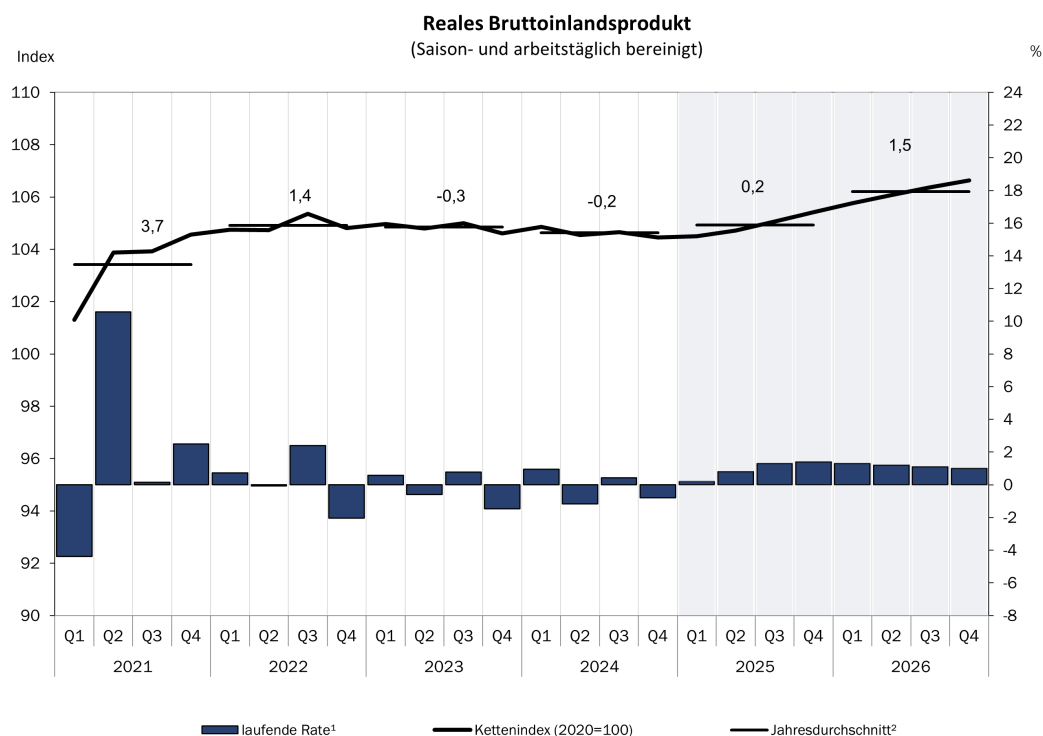


Abbildung 1. Reales Bruttoinlandsprodukt (saison- und arbeitstäglich bereinigt)

aber auch die Lohnentwicklung anpassen. Mit sich bessernder Konjunktur und Auslastung wird sich zudem die gesamtwirtschaftliche Produktivität bessern und letztlich die Kostenentwicklung dämpfen. Die Preisentwicklung auf der Verbraucherstufe, insbesondere die Kernrate, sollte sich daher weiter etwas abflachen und sich bei 2 % stabilisieren; Dabei dürften die Schwankungen um diese Stabilitätsmarke nur gering sein. Das spiegelt sich denn auch in entsprechend niedrigen jahresdurchschnittlichen Inflationsraten von 2,1 % für dieses Jahr und von 2,0 % für 2026 wider.

Neue Unsicherheiten als Prognoserisiken

Neben den schon länger andauernden geopolitischen Krisen gibt es zwei seit kürzerer Zeit bedeutende Unsicherheiten für die Prognose 2025/26. Da ist zuallererst die Frage, wie es in Deutschland politisch weitergeht, zum anderen die Entwicklung der Beziehungen zu den USA, die in Form der US-Handelspolitik und der Finanzierung zusätzlicher Verteidigungsausgaben ökonomische Auswirkungen haben.

Nach der Neuwahl im Februar dieses Jahres zeichnet sich eine große Koalition von CDU/CSU und SPD ab. Ein Problem besteht schon darin, dass es aufgrund der Kräfteverhältnisse im neuen Bundestag aktuell keine Alternative zu dieser Koalition gibt; der Druck zur Einigung ist deshalb außerordentlich groß. Dieser Problematik scheinen sich auch die beiden Parteien bewusst und es sollte sie auch das Verantwortungsbewusstsein einigen, die anstehenden Probleme – wirtschaftlicher Wiederaufschwung, Migration, Sicherheit und Verteidigung, Soziales, Schuldenfinanzierung, – gemeinsam anzugehen. Was die geeigneten wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind, gibt es allerdings erhebliche unterschiedliche Vorstellungen – und nicht nur in diesem Politikbereich. Das bedeutet, dass schon im wirtschaftlichen Bereich ein hohes Maß an Kompromissbereitschaft erforderlich ist – wovon in dieser Prognose ausgegangen wird. Wirtschaftspolitisch nicht überzeugende

Koalitionsvereinbarungen würden eine Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft beeinträchtigen und möglicherweise für neue Verunsicherung sorgen. Im schlimmsten Fall würde die deutsche Wirtschaft im Krisenmodus der jüngeren Vergangenheit fortdümpeln. In den bisherigen Sondierungsgesprächen haben sich die möglichen Koalitionäre schon mal über die Finanzierung von Verteidigungsausgaben und Infrastrukturinvestitionen verständigt; doch wird dafür noch eine 2/3-Mehrheit im Bundestag benötigt. Dann könnten diese Mehrausgaben in den nächsten Jahren auch wie ein Konjunkturprogramm wirken.

In den USA ist seit Januar eine neue Administration im Amt. Diese verfolgt speziell in der Handels- und in der Sicherheits-/Verteidigungspolitik einen restriktiveren Kurs. In der Handelspolitik sind mal Zölle von 25 %, mal reziproke Zölle angekündigt. Beides hätte negative Auswirkungen auf die deutschen Exporte in die USA. Auch in der ersten Amtsperiode von Trump waren Zölle angekündigt worden, die durch Verhandlungen zwischen der EU und den USA abgemildert werden konnten. Aber auch der neue Kurs in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik könnte gravierende ökonomische Auswirkungen haben, speziell in der Frage der Finanzierung deutlich erhöhter Verteidigungsausgaben hierzulande. Dabei geht es um dreistellige Milliardensummen. Ausgaben an anderen Stellen müssten dann zumindest partiell eingeschränkt werden.

Die Prognose im Detail

Im Folgenden werden die Eckdaten der Prognose sowie deren detaillierte Aufschlüsselung im Detail in Form von Tabellen dargestellt. Die Werte für die Jahre 2022, 2023 und 2024 stammen vom Statistischen Bundesamt, die Wert für die Folgejahre sind Prognosen des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts.

Tabelle 1. Eckdaten der Prognose

	2022	2023	2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,4	-0,3	-0,2	0,2	1,5
Private Konsumausgaben	5,6	-0,4	0,3	0,8	1,4
Konsumausgaben des Staates	0,1	-0,1	3,5	1,5	1,0
Anlageinvestitionen	-0,2	-1,2	-2,7	0,0	3,7
Ausrüstungen	4,5	-0,8	-5,5	-0,8	4,8
Bauten	-3,9	-3,4	-3,3	-0,1	2,9
Sonstige Anlagen	2,6	4,7	3,9	1,5	3,9
Inlandsnachfrage	2,8	-0,4	0,4	1,0	1,6
Ausfuhr	3,1	-0,3	-1,1	-0,6	2,4
Einfuhr	7,0	-0,6	0,2	1,4	2,9
Erwerbstätige	1,4	0,7	0,2	-0,1	0,1
Arbeitslose (Mill. Personen)	2,42	2,61	2,80	2,91	2,78
Arbeitslosenquote (in %) ²	5,1	5,4	5,7	6,0	5,7
Verbraucherpreise	6,9	5,9	2,2	2,1	2,0
Finanzierungssaldo des Staates	-2,1	-2,5	-2,8	-2,5	-2,0
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP) ³	4,4	5,8	6,8	5,2	5,2

¹ Preisbereinigt

² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept)

³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik

Tabelle 2. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2022	2023	2024	2025	2026
Erwerbstätige (Inland)	1,4	0,7	0,2	-0,1	0,1
Arbeitszeit (arbeitstäglich bereinigt)	0,0	0,4	0,0	0,2	-0,7
Arbeitstage	-0,2	-0,8	-0,3	-0,3	1,0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	1,2	0,4	-0,1	-0,2	0,4
Produktivität	0,2	-0,6	-0,1	0,3	1,1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,4	-0,3	-0,2	0,2	1,5

Tabelle 3. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (in jeweiligen Preisen)

	2022	2023	2024	2025	2026
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Konsumausgaben	2944,9	3110,8	3233,1	3332,9	3444,2
Private Haushalte einschl. OoE	2075,1	2205,6	2271,8	2337,7	2418,1
Staat	869,8	905,2	961,3	995,3	1026,2
Anlageinvestitionen	858,3	899,9	898,0	916,0	967,4
Ausrüstungen	263,0	275,7	264,8	267,7	286,0
Bauten	446,5	466,1	464,7	474,0	497,4
Sonstige Anlagen	148,8	158,0	168,4	174,3	184,1
Vorratsveränderungen	52,0	7,2	8,2	21,8	6,5
Inlandsnachfrage	3855,1	4017,9	4139,3	4270,7	4418,2
Außenbeitrag	98,7	167,7	186,0	139,5	144,1
Ausfuhr	1810,1	1816,6	1812,5	1837,4	1919,8
Einfuhr	1711,4	1649,0	1646,5	1697,8	1775,7
Bruttoinlandsprodukt	3953,9	4185,6	4305,3	4410,3	4562,3
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	10,7	5,6	3,9	3,1	3,3
Private Haushalte einschl. OoE	12,7	6,3	3,0	2,9	3,4
Staat	6,1	4,1	6,2	3,5	3,1
Anlageinvestitionen	10,1	4,9	-0,2	2,0	5,6
Ausrüstungen	11,7	4,8	-3,9	1,1	6,9
Bauten	10,5	4,4	-0,3	2,0	4,9
Sonstige Anlagen	6,5	6,2	6,6	3,5	5,6
Inlandsnachfrage	10,6	4,2	3,0	3,2	3,5
Ausfuhr	15,4	0,4	-0,2	1,4	4,5
Einfuhr	24,1	-3,6	-0,1	3,1	4,6
Bruttoinlandsprodukt	7,5	5,9	2,9	2,4	3,4

Tabelle 4. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt)

	2022	2023	2024	2025	2026
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Konsumausgaben	2685,0	2676,9	2708,9	2735,2	2770,9
Private Haushalte einschl. OoE	1888,8	1881,9	1886,7	1900,9	1928,4
Staat	796,3	795,2	822,8	834,9	843,1
Anlageinvestitionen	739,7	730,8	711,1	711,1	737,3
Ausrüstungen	241,3	239,3	226,1	224,3	234,9
Bauten	358,5	346,4	335,1	334,6	344,1
Sonstige Anlagen	140,8	147,4	153,1	155,4	161,5
Inlandsnachfrage	3456,9	3442,9	3454,6	3488,5	3545,7
Ausfuhr	1531,4	1526,8	1509,5	1500,8	1537,1
Einfuhr	1360,5	1352,0	1354,5	1373,1	1412,7
Bruttoinlandsprodukt	3625,2	3615,5	3606,9	3612,9	3666,8
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	3,9	-0,3	1,2	1,0	1,3
Private Haushalte einschl. OoE	5,6	-0,4	0,3	0,8	1,4
Staat	0,1	-0,1	3,5	1,5	1,0
Anlageinvestitionen	-0,2	-1,2	-2,7	0,0	3,7
Ausrüstungen	4,5	-0,8	-5,5	-0,8	4,8
Bauten	-3,9	-3,4	-3,3	-0,1	2,9
Sonstige Anlagen	2,6	4,7	3,9	1,5	3,9
Inlandsnachfrage	2,8	-0,4	0,3	1,0	1,6
Ausfuhr	3,1	-0,3	-1,1	-0,6	2,4
Einfuhr	7,0	-0,6	0,2	1,4	2,9
Bruttoinlandsprodukt	1,4	-0,3	-0,2	0,2	1,5

Tabelle 5. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2022	2023	2024	2025	2026
Konsumausgaben Private Haushalte einschl. OoE	6,8	6,7	2,7	2,1	2,0
Konsumausgaben Staat	5,9	4,2	2,6	2,0	2,1
Anlageinvestitionen	10,4	6,1	2,6	2,0	1,9
Ausrüstungen	6,9	5,7	1,7	1,9	2,0
Bauten	15,0	8,1	3,1	2,2	2,0
Sonstige Anlagen	3,8	1,4	2,6	1,9	1,6
Ausfuhr	12,0	0,7	0,9	2,0	2,0
Einfuhr	16,0	-3,0	-0,3	1,7	1,7
Bruttoinlandsprodukt	6,1	6,1	3,1	2,3	1,9

Tabelle 6. Einkommensentstehung und -verteilung

	2022	2023	2024	2025	2026
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2731,4	2896,3	3017,4	3104,8	3202,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	368,2	383,0	402,4	416,5	429,0
Bruttolöhne und -gehälter	1718,7	1846,0	1951,3	2016,7	2077,2
Übrige Primäreinkommen	644,4	667,2	663,6	671,5	695,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	570,6	579,9	554,6	537,2	554,7
Nettonationaleinkommen	3302,0	3476,2	3572,0	3642,0	3756,7
Abschreibungen	795,1	856,0	887,0	918,5	957,5
Bruttonationaleinkommen	4097,1	4332,2	4459,0	4580,5	4714,3
<i>nachrichtlich:</i>					
Volkseinkommen	2937,8	3132,7	3184,3	3249,3	3355,1
Arbeitnehmerentgelt	2087,0	2229,0	2353,8	2433,3	2506,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	850,8	903,7	830,6	816,1	848,8
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	8,1	6,0	4,2	2,9	3,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,9	4,0	5,1	3,5	3,0
Bruttolöhne und -gehälter	6,1	7,4	5,7	3,4	3,0
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitn. (Inl.)	4,3	6,4	5,3	3,7	3,0
Übrige Primäreinkommen	15,3	3,5	-0,5	1,2	3,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1,1	1,6	-4,4	-3,1	3,3
Nettonationaleinkommen	6,8	5,3	2,8	2,0	3,2
Abschreibungen	12,1	7,7	3,6	3,6	4,3
Bruttonationaleinkommen	7,8	5,7	2,9	2,3	3,4
<i>nachrichtlich:</i>					
Volkseinkommen	5,4	6,6	1,6	2,0	3,3
Arbeitnehmerentgelt	6,0	6,8	5,6	3,4	3,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,8	6,2	-8,1	-1,8	4,0

Tabelle 7. Einkommensentstehung und -verteilung

	2022	2023	2024	2025	2026
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Masseneinkommen	1714,4	1857,9	1971,4	2037,7	2088,8
Nettolöhne und -gehälter	1174,8	1286,5	1362,8	1406,2	1445,2
Monetäre Sozialleistungen ¹	688,5	730,6	778,6	808,6	827,6
verbrauchsnahe Steuern	148,9	159,2	170,0	177,0	184,0
Übrige Primäreinkommen der priv. HH	644,4	667,2	663,6	671,5	695,7
Sonstige Transfers (Saldo)	-109,0	-120,5	-128,8	-134,8	-139,8
Verfügbares Einkommen	2249,8	2404,6	2506,3	2574,5	2644,7
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	62,8	57,7	57,7	59,5	61,0
Konsumausgaben	2075,1	2205,6	2271,8	2337,7	2418,1
Sparen	237,5	256,7	292,2	296,3	287,7
Sparquote	10,3	10,4	11,4	11,2	10,6
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Masseneinkommen	4,4	8,4	6,1	3,4	2,5
Nettolöhne und -gehälter	5,7	9,5	5,9	3,2	2,8
Monetäre Sozialleistungen ¹	1,7	6,1	6,6	3,8	2,3
verbrauchsnahe Steuern	2,2	6,9	6,8	4,1	4,0
Übrige Primäreinkommen der priv. HH	15,3	3,5	-0,5	1,2	3,5
Verfügbares Einkommen	7,9	6,9	4,2	2,7	2,7
Konsumausgaben	12,7	6,3	3,0	2,9	3,4
Sparen	-21,8	8,1	13,8	1,4	-2,9

¹ abzügl. Abgaben auf soziale Leistungen

Tabelle 8. Einnahmen und Ausgaben des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen)

	2022	2023	2024	2025	2026
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Einnahmen					
Steuern	960,8	961,3	994,8	1026,7	1070,8
Sozialbeiträge	667,1	709,9	755,2	780,6	804,0
Vermögenseinkommen	18,6	31,4	33,6	36,9	39,2
Sonst. lfd. Übertragungen	29,2	33,4	31,3	32,8	33,4
Vermögenstransfers	18,4	19,4	18,2	19,2	20,2
Verkäufe	158,3	165,5	179,5	188,0	194,8
Sonst. Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Einnahmen insgesamt	1852,6	1921,2	2012,9	2084,4	2162,6
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleist.)	252,2	264,0	283,0	289,9	297,8
Arbeitnehmerentgelt	320,7	337,6	355,8	365,2	375,2
Sonst. Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	27,9	36,6	45,4	51,9	56,8
Subventionen	67,5	84,5	54,4	53,1	2,5
Monetäre Sozialleistungen	613,9	657,0	703,1	730,1	747,2
Soziale Sachleistungen	354,6	362,1	391,0	401,8	412,3
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	111,3	91,9	90,2	87,9	90,0
Vermögenstransfers	77,9	74,4	83,7	85,0	86,2
Bruttoinvestitionen	112,2	117,1	124,8	129,8	134,1
Nettozugang nichtprod. Vermögensgüter	-1,0	-0,5	-0,4	-0,2	-0,3
Ausgaben insgesamt	1937,5	2025,0	2131,6	2194,7	2252,3
Finanzierungssaldo	-84,9	-103,8	-118,8	-110,3	-89,7
<i>b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr</i>					
Einnahmen					
Steuern	7,0	0,1	3,5	3,2	4,3
Sozialbeiträge	5,5	6,4	6,4	3,4	3,0
Vermögenseinkommen	14,9	68,7	7,2	9,7	6,3
Sonst. lfd. Übertragungen	-9,5	14,5	-6,2	4,7	1,6
Vermögenstransfers	-4,7	5,6	-6,3	5,5	5,2
Verkäufe	5,5	4,6	8,4	4,7	3,6
Einnahmen insgesamt	6,0	3,7	4,8	3,6	3,7
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleist.)	3,5	4,7	7,2	2,4	2,7
Arbeitnehmerentgelt	4,4	5,3	5,4	2,6	2,7
Sonst. Produktionsabgaben	-32,5	10,7	-7,1	13,3	17,3
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	28,2	31,2	24,2	14,3	9,5
Subventionen	-37,2	25,3	-35,6	-2,5	-1,1
Monetäre Sozialleistungen	1,3	7,0	7,0	3,8	2,3
Soziale Sachleistungen	7,1	2,1	8,0	2,7	2,6
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	22,9	-17,5	-1,8	-2,6	2,4
Vermögenstransfers	51,5	-4,4	12,4	1,5	1,5
Bruttoinvestitionen	5,7	4,4	6,6	4,0	3,3
Ausgaben insgesamt	3,9	4,5	5,3	3,0	2,6
Finanzierungssaldo (in vH des BIP)	-2,1	-2,5	-2,8	-2,5	-2,0